

Zeitschrift:	Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	73 (1995)
Heft:	4
Artikel:	Den Sozialismus und den Liberalismus wieder zusammenbringen
Autor:	Lang, Jo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-341178

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Den Sozialismus und den Liberalismus wieder zusammenbringen

«Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Mass, worin sie die «Freiheit des Staats» beschränken.» (Karl Marx, Kritik des (staatssozialistischen) Gothaer Programms, 1875)¹

Jo Lang

Kein Jahrhundert hat so viele Trümmer hinterlassen wie das kurze 20., das von 1914 bis 1989 dauerte. Die grössten Katastrophen verursachten die beiden totalitären Grossbewegungen und Systeme: der Faschismus und der Stalinismus. Auch wenn die beiden weder in ihrer Art noch in ihren Folgen gleichgesetzt werden können, haben sie auffällige Gemeinsamkeiten: die Unterordnung des Gesellschaftlichen unter den Staat mit dem Ziel, jenes aufzulösen oder auszulöschen, die Unterdrückung der Freiheitsrechte im Namen irgendwelcher übergeordneter Kollektive (Nation oder Klasse), die Verteufelung und Unterdrückung von Individualisierung und Pluralisierung, die Definition des Politischen über das Freund-Feind-Denken und damit verbunden ein starker Militarismus. Am deutlichsten kam die ähnliche, antimoderne Mentalität im Kultur- und Kunstverständnis zum Ausdruck. Bis vor kurzem war es in der Linken ein Tabu, die beiden Totalitarismen gleich zu benennen und gleichzeitig zu erwähnen. Die gescheite und einsame Hannah Arendt musste lange warten, bis sie von einem Teil des Publikums, an das sie sich erstrangig richtete, wahr und ernst genommen wurde.² Seit 1989 setzt sich die Einsicht durch, dass ein nichtantistalinistischer Sozialis-

mus ebenso undenkbar ist wie ein nicht-antifaschistischer Liberalismus (was die 68erInnen ihren Eltern zurecht vorgehalten haben).

Verstaatlichte Linke

Dieser Läuterungsprozess in der Linken ist nicht nur aus moralischen Gründen von grosser Bedeutung. Er ist es vor allem aus politischen. Ein zeitgemässer Antistalinismus bedeutet mehr als nur die Negation totalitärer Vorstellungen und Praktiken. Er bedeutet die vorbehaltlose Affirmation einer Reihe von Grundsätzen, die unter den Sammelbegriffen liberal und libertär in die Geschichte eingegangen sind: Volksouveränität, Rechtsstaatlichkeit, geheimes und gleiches Wahlrecht, Freiheits- und Grundrechte, Parteienpluralismus, Gewaltenteilung und -trennung, Vertretungsprinzip verbunden mit direkter Partizipation. Die Tatsache, dass bis heute alle Staaten, die sich sozialistisch genannt haben oder nennen, weit hinter diesen Errungenschaften zurückgeblieben sind, ist für die Linke ein gewaltiges Handicap und für den Sozialismus eine riesige Hypothek. Allerdings sind die besagten Diktaturen und ihre westlichen Weggefährten nicht die einzige Ursache für den Verlust an Glaubwürdigkeit. Das liegt ebenso daran, dass auch die anderen Linken seit einem Jahrhundert autoritären und staatsfixierten Konzepten gehuldigt haben. Es ist ein Unglück, dass zwei in Obrigkeitsstaaten mit schwachen Zivilgesellschaften entstandene Organisationen, die preussische Sozialdemokratie und der russische Kommunismus, zu den prägendsten Strömungen der Linken geworden sind. Die Randstellung des angelsächsischen Sozialliberalismus und des romanischen Libertarismus hat die verhängnisvolle und weltweite «Verstaatlichung» der Linken erleichtert.

1 Marx Engels Werk, Berlin 1976, Band 19, S. 27

2 Hannah Arendt, Elemente totaler Herrschaft, Frankfurt 1955

Aufgrund der allgemeinen ideellen und politischen Desorientierung, in der die Linke heute steckt, dominieren zwei Verhaltensmuster, die sich gegenseitig ergänzen und bestärken. Jürgen Habermas hat es auf die Formel gebracht: «Die klassische Figur des Renegaten, der seine Enttäuschung nicht anders als durch Konversion verarbeiten kann, ist nur das Spiegelbild des Orthodoxen, der sich gegen dissonante Erfahrungen dogmatisch abschirmt.»³ Die Konversion äussert sich in einer Flucht nach vorn in den Ordoliberalismus, in einer zurück in den Nationalkonservativismus und oft in eine Verbindung von beidem. Der orthodoxe Widerstand gegen eine echte Vergangenheits-, aber auch Gegenwarts-Bewältigung äussert sich vornehmlich in einer ebenso lautstarken wie inhaltsschwachen Frontstellung gegen den Neoliberalismus.

Feindbild Neoliberalismus

Das Problematische daran ist nicht dessen Bekämpfung, sondern dass erstens damit versucht wird, von eigenen Problemen und Vergangenheiten abzulenken. Zweitens wird dabei übersehen, dass der Neoliberalismus tatsächlich ein Körnchen Wahrheit hat. Und drittens behindert auch diese Feindbildpolitik das Entwerfen und Entwickeln von theoretischen und praktischen Alternativen.

Zum ersten: Es ist unredlich, wenn die Linke heute das Desaster im Osten einfach dem Neoliberalismus in die Schuhe schiebt. Gewiss haben die rücksichtslosen Schocktherapien alles noch schlimmer gemacht. Aber die Grundursache für die tiefe Krise liegt im Umstand, dass die «staatssozialistischen» Gesellschaften seit den 70er Jahren am Rande der Erschöpfung waren und nur noch von der Substanz, d.h. auf Kosten der Zukunft und der Umwelt lebten. Noch verheerender wirkt sich die durch den Totalitarismus verursachte Ato-

³ Jürgen Habermas, *Die Normalität einer Berliner Republik*, Frankfurt 1995, S. 179

misierung der Gesellschaft aus. Wenn die PDS, die nun mal ein Kind der SED ist, heute alle Probleme dem bösen Westen in die Schuhe schiebt, treibt sie eine populistische Demagogie, die sich von der Blocherschen gegen die EU nicht gross unterscheidet. Und wenn auch hiesige Linke über die wieder marginalisierten BürgerrechtlerInnen ihre Hämme ausstreuen, erinnert das ans Schicksal der AntifaschistInnen unter der Adenauerschen Restauration. Die dahinter steckende DDR-Nostalgie beweist, wie nah viele Linke den Ostregimes standen und wie weit sie demokratischen Grundsätzen entfernt geblieben sind. Beim Stellungskrieg zwischen rechter und linker Orthodoxie spielt der beiden gemeinsame Ökonomismus eine wichtige Rolle. Gesellschaft und Politik sind letztlich blosse Anhängsel und Reflexe von wirtschaftlichen Abläufen und Interessen.

Zum zweiten: Der ordoliberale Befund, dass der Staat zu stark geworden ist, dass es bürokratische Wucherungen und Leerläufe gibt, welche die gesellschaftliche Selbstorganisation erschweren und bedrängen, dass es mit dem Sozialstaat so nicht weiter gehen kann, ist nicht einfach falsch. Deregulierung, Abbau von Bürokratie, Förderung der Eigeninitiative und Umbau der sozialen Sicherheit könn(t)en auch linke Anliegen sein. Das Grundproblem der Ordoliberalen steckt darin, dass die Gesellschaft mit ihrer reinen Marktlogik auseinanderfällt (ähnlich wie Osteuropa an der Staatslogik erstickt ist), dass die soziale Vernetzung der Menschen, die Voraussetzung auch des Wirtschaftens, nicht nur auf Freiheit und Autonomie, sondern auch auf Regeln und Ausgleich angewiesen ist, dass es zahlreiche unersetzbliche Gesellschafts- und Wirtschafts-Bereiche gibt, die unter dem Profitprinzip kaputt gehen. Ein weiteres Problem der neoliberalen Praxis ist es, dass das Staatliche und Marktfremde dort abgebaut werden, wo sie die Reichen belasten, und dort beibehalten und ausgebaut werden, wo sie ihnen nützen: Repressionsapparate, mili-

Das Grundproblem der Ordoliberalen steckt darin, dass die Gesellschaft mit ihrer reinen Marktlogik auseinanderfällt.

tärisch-industrielle Komplexe, Kartelle, private Monopole usw. Solche Widersprüche können wir nur ausnützen, wenn wir uns in den «Weniger-Staats-Diskurs» einlassen, statt ihm blass defensiv zu widerstehen oder auszuweichen.

Damit wäre ich beim dritten und wichtigsten Punkt, bei den emanzipatorischen Gegenprojekten. Methodisch schlage ich einen ähnlichen Ausgangspunkt vor, an dem im letzten Jahrhundert der moderne Sozialismus gestartet ist. Dieser suchte und gab Antwort auf Fragen, die sich den radikalsten Strömungen des politischen Liberalismus, den demokratischen und linksrepublikanischen, gestellt hatten.⁴ Ich versuche es an fünf aktuellen Beispielen.

Demokratisierung von Wirtschaft und Staat

Wie soll die rechtliche und politische Gleichheit funktionieren in einer Gesellschaft, die in Besitzlose und Besitzende, Unternehmer und Unternommene aufgespalten ist? Wie kann der liberale Widerspruch, dass juristisch allen das Recht auf Eigentum garantiert, dieses aber faktisch einer wachsenden Mehrheit vorenthalten wird, gelöst werden? Die in New York lehrende Sozialwissenschaftlerin Agnes Heller schlägt eine «positive Aufhebung des Privateigentums» vor. Mit diesem von Marx entlehnten Begriff wendet sie sich gegen die Verstaatlichungs-«Lösung», weil dann noch mehr Besitzlose nochweni-

⁴ Über die engere Beziehung zwischen Liberalismus und Sozialismus in der angelsächsischen Welt gibt es einen interessanten Artikel von Perry Anderson: *Liberalism and Socialism*, New Left Review 170, London 1988, S. 3ff. Interessant ist die Entwicklung des letzten klassischen Nationalökonom John Stuart Mill vom Liberalen zum Sozialisten, vor allem aufgrund der Erfahrungen mit den 48er Revolutionen. Siehe dazu die Zweitausgabe der *Principles of Political Economy* (1849) und die stark von der Pariser Commune beeinflussten «Autobiography» (1873). Zum marxistischen Demokratietheorie-Defizit siehe den Aufsatz von Jürgen Habermas: *Volkssouveränität als Verfahren*, Merkur 484, Juni 1989, S. 469ff, und ebenso die interessanten und (trotz scharfer Kritik) wohlwollender Kapitel in Giovanni Sartorius' Standardwerk: *Demokratietheorie*, Darmstadt 1992, S. 433ff.

ger «Besitzenden» gegenüber stehen. Diese «negative Aufhebung des Privateigentums» mache «die politische Macht zum einzigen Verfügungsorgan», ziehe der Zivilgesellschaft gleichsam den Boden unter den Füßen weg. Unter der «positiven» Alternative versteht die ungarische Lukács-Schülerin eine Verallgemeinerung des Eigentums, indem möglichst viele zu Gemeineigentümern von Genossenschaften und anderen vergesellschafteten Betrieben werden. Einen wichtigen Vorteil sieht Heller in der dadurch bewirkten Dezentralisierung der wirtschaftlichen Macht.⁵

Die Genossenschaftsidee ist interessant für eine verwandte Fragestellung: Wie lässt sich die Demokratie ausweiten auf die Wirtschaft und damit den Arbeits-Alltag? In seinem Wälzer «Sphären der Gerechtigkeit» führt der US-amerikanische Kommunitarist Michael Walzer am Beispiel der vom Eisenbahnbaron Pullmann erstellten Stadt und Fabrik gleichen Namens die Frage der politischen und wirtschaftlichen Machtteilung aus. Nach einem von der Eisenbahnergewerkschaft organisierten Aufstand der BewohnerInnen und ArbeiterInnen verfügte das oberste Gericht des Bundesstaates Illinois im Jahre 1898, dass trotz identischen Besitz- und Untertanenverhältnissen das Stadt-, aber nicht das Fabrik-Regime der Demokratie zu weichen habe. In seinem «Lehrstück aus dem Staate Illinois» stellt Walzer ausdrücklich nicht die Besitzverhältnisse, «sondern das, was rechtlich und praktisch aus ihnen folgt», in Frage. Es gäbe keine Gründe, warum Pullmann in dem mit seinem «Kapital, seiner Phantasie, Energie und Erfindungsgabe» aufgebauten und geleiteten Betrieb die politische Macht nicht teilen müsse, aber in der «mit den gleichen Fähigkeiten und Eigenschaften» gebauten und verwalteten Stadt. Was die Leitung eines Unternehmens betrifft, nimmt Walzer den von Marx im Zusammenhang mit kooperativer Arbeit ge-

⁵ Agnes Heller, Über formale Demokratie, in: John Keane (Hg.): *Civil Society and State*, London 1988, S. 129ff.

machten Vergleich mit einem Orchesterleiter auf. «Selbst wenn die Arbeitenden sich im Spiel dem kommandierenden Willen ihres Leiters fügen, können sie in den Geschäftsangelegenheiten des Orchesters dennoch eine beträchtliches Mitspracherecht verlangen.» Marxens Analogie eines «kommandierenden Willens» relativiert Walzer insofern, als «sich über Arbeitskonzepte in einer Fabrik sehr viel leichter verhandeln» lasse. Dass auch ein moderner Grossbetrieb demokratisch funktionieren kann, beweist die Mondragon Corporacion Cooperativa (MCC), mit 25000 Beschäftigten das grösste Industrieunternehmen im spanischen Baskenland. Die Arbeitenden üben ihre Souveränität aus über die Wahl von Leitungsorganen und in Urnen- und Versammlungs-Entscheiden über wichtige Sachvorlagen. Wegen der Schnelligkeit und Sprunghaftigkeit der Marktmechanismen gibt es eine «natürliche» Tendenz für grössere Management-Kompetenzen, politisch gesprochen zur Exekutivlastigkeit.⁶

Wie lässt sich das Recht politischer Partizipation, die Grundlage einer Demokratie, materiell garantieren? Diese Frage stellen die drei Frankfurter Schüler Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel in ihrem Essay «Die demokratische Frage». Sie lehnen die «Entgegensezung von politischen Teilnahmerechten und sozialen Teilhaberrechten» ab. Dabei wenden sie sich nicht nur gegen die Bürgerlichen, welche diese beiden Typen von Rechten, also die Freiheit und die Gleichheit, als wesensverschieden betrachten. Auch die sozialdemokratische Verknüpfung dieser beiden Rechte im Hinblick auf das Gebot von Menschenwürde oder der Demokratie passt ihnen nicht. «Auch in dieser Perspektive bleibt soziale Gerechtigkeit ein aliud gegenüber politischer Freiheit und verwirklicht sich nicht im Zusammenhandeln der Bürger, sondern vermittels

der Leistungen sozialstaatlicher Bürokratien.» Ihr Ausgangspunkt ist «die Frage nach den sozialen Bedingungen der Möglichkeit von politischer Freiheit. (...) Sozialpolitik als Ausdruck ziviler Solidarität zielt folglich darauf ab, die Bürger, soweit sie der Hilfe bedürfen, politisch zu befähigen und zu ermächtigen.» Die sozialen Probleme wären demnach nicht als «fürsorgerischer Einzelfall bürokratisch zu verwalten», sondern wegen des «Ausschlusses aus der öffentlichen Sphäre als Gefährdung der öffentlichen Freiheit zu thematisieren und zu lösen.» Die soziale Frage ist damit ein «integraler Bestandteil» der demokratischen.⁷ In ihrem Buch «Die Solidarität neu denken» entwickeln die beiden TessinerInnen Martino Rossi und Elena Sartoris konkrete Vorschläge, die von solchen Grundgedanken ausgehen.⁸ Aber auch auf dem klassischen Gebiet des Liberalismus, dem machtpolitischen, besteht für die Linke grosser Handlungsbedarf, gerade weil der politische Liberalismus vom wirtschaftlichen ins Feuilleton und auf Lehrstühle abgedrängt wurde. Stichwortartig möchte ich ein paar Themen erwähnen: Verteidigung und Verfeinerung der Volksrechte, gleiche Rechte für Mann und Frau, Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung, Bekämpfung von Lobbies, Filz und Korruption, Gewaltenteilung auch zwischen Staat und Wirtschaft, Verteidigung der politischen Kultur gegen Kommerzialisierung, Boulevardisierung und Medienmonopole, Integration der Eingewanderten, Eintreten für multikulturelle Offenheit. Allerdings kann die Linke das klassische Erbe des politischen Liberalismus nur überzeugend beanspruchen, wenn sie auch in schwierigen Zeiten entschieden zu den Freiheits- und Grundrechten steht. Bei den Zwangsmassnahmen ist das nicht der Fall gewesen.

**Die soziale
Frage ist damit
ein «integraler
Bestandteil»
der demokrati-
schen.**

6 Walzers 1992 in Frankfurt erschienene Buch und die MCC stellte ich im November 1993 in einem Bresche Dossier und in einer WoZ-Reportage vom 13.11.1993 vor.

7 Rödel, Frankenberg, Dubiel: *Die demokratische Frage*, Frankfurt 1989, S. 157ff.

8 Martino Rossi, Elena Sartoris: *Ripensare la solidarietà*, Lugane 1995 (erscheint demnächst auf deutsch im Zürcher Seismo-Verlag)

Citizenship is universal

Die wohl grösste politische Herausforderung fasst der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf in seinem Credo zusammen: «Citizenship is universal.»⁹ Wer ausser uns Linken kann dieses Uranliegen der amerikanischen und französischen Revolutionen aufnehmen? Die Frage ist darum keine rhetorische, weil das Haupthindernis für die politische Gleichheit die riesige materielle Ungleichheit ist. Allerdings zeigen vor allem die jüngsten Bewegungen in der Dritten Welt, am deutlichsten die zapatistische in Mexiko, dass urliberale Ziele wie Demokratie, zivilgesellschaftliche Autonomie und Persönlichkeitsrechte auch un-

⁹ Ralf Dahrendorf, in: *Zeit-Punkte zum Thema «Was ist liberal?»* 1/1995

ter Elendsbedingungen eine vitale Bedeutung haben.¹⁰ Die Dritte Welt darf nicht zu einem linken Vorwand werden, erneut die Freiheit der Gleichheit zu unterordnen. Beide gehören gleichberechtigt zusammen, weil sie sich gegenseitig bedingen.

10 Siehe dazu den von Klaus M. Leisinger und Vittorio Hösle herausgegebenen Sammelband: *Entwicklung mit menschlichem Antlitz. Die Dritte Welt und die Erste Welt im Dialog*, München 1995, und ebenso: Giaco Schiesser, *Über Grenzen hinaus. Migration, Rassismus, Citoyenneté*, in: *WoZ* 20.10.1995.

Josef Lang, 1954, Dr. phil I, Dissertation über Sozialismus und Nationalismus im spanischen Baskenland (Baskisches Labyrinth, Frankfurt 1983/88), MoMa-Redaktor, Kantonsrat der Sozialistisch-Grünen Alternative SGA und im CSoA-Vorstand.

Einige Überlegungen zum theoretischen Status der Grundwerte

Die Frage, was unter sozialistischer Theorie verstanden werden kann und wie sozialistische Theorie heute aussehen könnte, kann nicht gestellt werden, ohne ebenfalls zu klären, was sozialistische Theorie leisten soll. Theorie kann grundsätzlich in mehre-

Katia Weibel

ren Bereichen Leistungen erbringen, so auf normativer, analytischer, programmatischer und strategischer Ebene. Sie kann Massstäbe der Beurteilung der bestehenden Gesellschaft und für die Formulierung von Alternativen entwickeln, Methoden zur Analyse der gesellschaftlichen Realität zur Verfügung stellen, Zielvorgaben für konkrete politische Arbeit bestimmen und Vorgehensweisen zur Erreichung dieser Ziele ausarbeiten. Doch auf jeder dieser Ebene soll sozialistische Theorie die Voraussetzung für sozialistische Politik bilden: Sie soll befähigen, die Politik einerseits zu begründen, andererseits aber auch zu reflektieren.

Nach dem Zusammenbruch des «real existierenden Sozialismus» scheint sich nun

die Frage nach einer Neudefinierung von Aufgabe und Inhalt sozialistischer Theorie aufzudrängen. Eine Vielfalt von Publikationen erschien zu diesem Thema¹, und auch die Rote Revue beschäftigt sich mit dem Wohin und Weshalb des Sozialismus. Ich frage mich jedoch, ob es tatsächlich das Ende des «real existierenden Sozialismus» ist, der dieses Bedürfnis nach Neuorientierung auslöst, oder ob der Grund nicht viel eher in tiefgreifenden Veränderungen unserer Gesellschaft zu suchen ist:

- Die Internationalisierung der Märkte und die gleichzeitige Konzentration des Kapitals auf immer weniger Grosskonzerne ist eine dieser Entwicklungen. Das Postulat der Selbstverwaltung, das im Programm der SP Schweiz von 1982 eine zentrale Rolle spielt, nimmt sich vor diesem Hin-

¹ Stellvertretend für viele möchte ich erwähnen: *What's left? Prognosen zur Linken*, Berlin 1993. Der Band versammelt Aufsätze, die in loser Folge in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen sind. In der Schweiz strahlte DRS 2 im Frühling 1993 eine Sendung mit demselben Titel aus. In der Sendung wurde ebenfalls der Frage nachgegangen, welche Alternativen zum Kapitalismus die Linke nach dem Fall der Mauer noch zu bieten habe.